

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 16. Juli 1932

Nummer 57

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkrieg für die Freiheit unsres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerhauen, als Krüppel, in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unsres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterkraft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreißt sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen euch eine hemmungslose Lügenhege zu entfalten, nur weil ihr Gewerkschaftler seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroffene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrücken, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen sitzen, als ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern auskriecht.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Fric, Rube, Goebbels und Konforten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den

ganzen Nachtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchtstaatsstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die targe Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrickt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchttrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spüt rücksichtslos ein Ende, schließt euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an euren festgefühten Formationen zerbrechen. Duldet keine Zerspitterung eurer Kräfte. Fort mit den Mörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!

Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

Einigkeit! Eiserner Front des arbeitenden Volkes gegen alle Goldknechte des Kapitals!

**Euer der Sieg!
Freiheit!**

Wählt Liste 1

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kampf zur Freiheit!

Die letzten Jahre des Ringens um die Anerkennung der Rechte der deutschen Arbeiterklasse haben Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportbewegung zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschweißt. Sie bilden eine feste Front gegen den anstürmenden und volkszerstörenden Faschismus. Mancher brave Streiter lag tage- und nächstelang unterwegs, weil er erkannte, daß der Kampf, den man uns aufzwang, alle anging. Hitlers Trabanten wollen die organisierte Arbeiterschaft von der Tribüne der Öffentlichkeit verschwinden lassen, um ein entrechtetes Volk zu mittelalterlichen Knechten zu machen.

Gegen solches Wollen wehrt sich unser gesunder Menschenverstand. Wir ringen um bessere Menschheitsideale. Frei wollen wir schon immer sein — und nicht in Ketten sterben. Freiheit war schon immer höchstes Ziel, nämlich jene Freiheit des Körpers, des Geistes und des regelbaren Willens, die wir jetzt verteidigen müssen. Täuschen wir uns nicht: Hinter jedem Wort, hinter jeder Forderung der verbündeten Reaktion verbirgt sich grimmiger Zorn gegen uns und gegen das Werk des Auf-

baues im Interesse einer sozialistischen Gesellschaft. Weil es so ist, darf es in diesen Stunden der Not keine Mißmacher geben, die kalt lächelnd meinen, daß wir ja doch nichts mehr zu verlieren haben. Was man uns nehmen kann, das weiß leider die Reaktion besser als wir selbst! Sie glaubt mit Teilen unsrer Klasse für die sozialistische Arbeiterschaft die Fesseln für Jahrzehnte schmieden zu können. Darf das sein? Soll alles Wirken vergebens gewesen sein? Wollen wir sehenden Auges schauen, wie man die Aufbauarbeit vieler Jahre der Selbstopferung und Hingabe gerührt?

Niemals! werdet ihr sagen, aber ist damit die Schwere von uns genommen? Haben wir wirklich schon alle erkannt, um was es jetzt geht? Und die es erkannten, haben sie es den Freunden in der Werkstatt, auf der Straße, überall und allerorts laut und deutlich gesagt, damit sie es begriffen und andern sagten? Viele haben es getan, aber mehr haben es leider nicht getan, darin liegt eine Kritik an uns selbst, die Berechtigung hat; denn sie ist Tragik der Zeit, sie erfordert, daß wir Werk und Gefühl zu einer glücklichen Einheit verbünden. Wir dürfen nicht mehr schweigen, wenn andre reden, wenn andre schimpfen — über uns und

unser Werk. Wir müssen sie bestürmen mit unserm Wollen, nicht zur Ruhe kommen dürfen jene, die uns vernichten wollen. Heben wir sie mit der Schärfe und Folgerichtigkeit marxistischen Denkens, zeigen wir ihnen den Weg aus der Not durch sozialistische Erkenntnis; denn wir haben ja so viele Mittel, um alle Mühen und Abgeglittene wieder um unsre Fahnen zu scharen.

Wir Gewerkschaftler dürfen nicht erst warten, bis uns die politischen Bestien an die Gurgel packen, wir wollen nicht erst warten, bis sie unsre Werke zerstören. Jetzt wollen wir alle Hammer sein in einer Front, die stark ist und wächst. Wir wollen die Lüge und Verleumdung der Reaktion zerstören, dann wird nichts von ihrem Trara übrigbleiben. Wir wollen mit aller Energie den Kampf zur Freiheit anbahnen!

Freiheit: ein Wort — ein Ruf — ein Bekenntnis! Umfaßt es nicht alles, was wir denken, was wir fühlen, erjagen und meistern wollen?! Ist die Freiheit nicht das Letzte, was man verlieren kann? Und um dieses Letzte geht es jetzt, ja: Es geht wirklich um die ganze Freiheit! Sorgt dafür, daß sie durch Kampf und Sieg neu geboren wird! Erkennt das Gebot der Stunde!

Zur Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland

Es ist sicher angebracht, rückwärtschauend die Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland darzustellen und zu verfolgen. Einen Teil ihrer Stärke verkörpern die politischen Parteien ja im Parlament. Wie ist da nun der Weg der Parteien seit der Reichsgründung? Um einen einheitlichen Maßstab zu haben, soll festgestellt werden, wie viel die einzelnen Parteien jeweils Mandate auf 100 haben, da ja seit 1919 die Abgeordnetenzahl entsprechend der Wahlteilnahme veränderlich ist. Es wird dies aus der folgenden Tabelle klar ersichtlich werden:

Table with 6 columns: Von 100 Mandaten erhalten, Arbeiterpartei, Mittelpartei, Rechtspartei, Kleinpartei, and other categories. Rows list years from 1871 to 1930.

- 1 Der höchste Stand der Mittelpartei war 1871 mit 33,0 Mandaten.
2 Der höchste Stand der liberalen Parteien war 1840 mit 26,7 Mandaten.
3 Der höchste Stand der diversen Parteien war 1912 mit 12,3 Mandaten.
4 Der höchste Stand der Arbeiterpartei war 1919 mit 44,2 Mandaten.
5 Der höchste Stand der Rechtspartei war 1930 mit 32,0 Mandaten.

Aus dieser Darstellung geht deutlich die Umschichtung der politischen Parteien hervor, die der sozialen Struktur der Klassen in Deutschland folgt. Ein vollständig anderes Bild bekommen wir allerdings, wenn die Stimmenzahl der Parteigruppen seit 1871 bis 1930 dargestellt wird. Es ist daraus deutlich zu ersehen, daß dieselbe in der Vorzeitszeit in keinem Verhältnis zur Mandatszahl steht. Es ist dies eine Erscheinung, die mit der ungeringen Verzerrung der Wählerstimmen zusammenhängt, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Es folgt nun eine Aufstellung der Entwicklung der Stimmenzahl für die einzelnen Parteigruppen:

Table with 10 columns: Wählerzahl, Wahlberechtigte, Wahlberechtigte, etc. Rows list years from 1871 to 1930.

Es erweist sich also nach dieser Aufstellung, daß die Arbeiterpartei im Jahre 1919 zur Wahl zur Nationalversammlung mit 13 826 400 Stimmen, die Mittelpartei gleichfalls 1919 mit 6 987 400 Stimmen, die liberalen Parteien aber 1930 mit 10 982 551 Stimmen und die Diversen und Splitterparteien auch 1930 mit 2 743 480 Stimmen ihre größte Stimmenzahl erreicht hatten. Die höchste Wahlbeteiligung war keinesfalls zur Wahl zur Nationalversammlung 1919, wie gern angenommen wird, sondern im Jahre 1907 mit 84,6 Proz. Es sollen nun noch Untersuchungen über die Zeit mit Beginn des 20. Jahrhunderts folgen, wobei besonders auf die Parteiumschichtungen der Vor- und Nachkriegszeit Bezug genommen werden soll. Die liberale Parteigruppe gehört eigentlich zu den Mittelparteien, tendiert aber gelegentlich nach rechts und auch nach links, wenn die Interessen vorwiegend der katholischen Kirche nur damit vertreten werden können. Ab 1920 teilt sich diese Gruppe, die bis dahin eigentlich nur aus der Zentrumspartei bestand. Es entstand an Stelle des Zentrums in Bayern die Bayerische Volkspartei. Diese Gruppe ist auch relativ den geringsten Änderungen ausgesetzt gewesen, wie folgende Aufstellung beweist:

Table titled 'Entwicklung der liberalen Parteien ab 1903' with columns for years and percentage of 100 mandates.

An der Entwicklung der Mittelparteien sehen wir deutlich den Zerfall des ehemals liberal-freisinnigen Bürgertums, das mehr und mehr in die Arme der Faschisten getrieben wird aus Verzweiflung über ihren unverständlichen Untergang durch Ausbreitung des monopolistischen konzentrierten Kapitals. Aus den Nationalliberalen

der Vorzeitszeit wurde die Deutsche Volkspartei und aus der Fortschrittlichen Volkspartei der Vorzeitszeit die Demokratische oder Staatspartei. Der Liberalismus befand sich also 1907 mit 25,9 Mandaten von 100 auf seinem Höhepunkt und ist jetzt schließlich mit 8,7 Mandaten von 100 auf seinem niedrigsten Stand angelangt.

Entwicklung der Mittelparteien ab 1903

Table with 10 columns: Nationallib. Partei, Deutsche Volkspartei, Fortschritt. Volksp., Staatspartei, Ingesamt. Rows list years from 1903 to 1930.

Die Gruppe der Rechtsparteien zeigt im Verhältnis zur Vorzeitszeit die größten Veränderungen. Aus den Konserverativen der Vorzeitszeit wurde die Deutschnationale Volkspartei (Konservative Volkspartei).

Entwicklung der Rechtsparteien ab 1903

Table with 10 columns: Konservative, Deutsche Volksp., Deutsche Reichsp., Antifasch., Deutschnat. Volksp., Christl. Volksp., Landbund, Ingesamt. Rows list years from 1903 to 1930.

Neu hinzukamen bei den Rechtsparteien der Landbund und die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, das Sächsische Landvolk, die Deutschnationale Partei und schließlich die Nationalsozialisten.

Die Diversen Parteien rekrutieren sich zum Teil aus Vertretern nationaler Mindesparteien und diverser Mittelstandsparteien. In der Vorzeitszeit gehörten dazu die Polen, Welfen, Dänen, Elbsch-Lotharinger usw. In der Nachkriegszeit zählen zu den Diversen Parteien Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund, Deutsche Bauernpartei, Deutschnationaler Bauernpartei, Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) sowie die Volksrechtspartei. Ich lasse obige Parteien in meiner Aufstellung insgesamt als eine erscheinen:

Entwicklung der Diversen Parteien ab 1903

Table with 10 columns: Von 100 Mandaten erhalten, Div. Parteien. Rows list years from 1903 to 1930.

Die Arbeiterparteien folgen als letzte Gruppe. Wir sehen hier deutlich das Anwachsen des radikalen Flügels, der KPD. Von Interesse ist hier vor allen Dingen die Rolle der NSD, die nur an zwei Reichstagswahlen beteiligt war und 1920 nur um 3,9 Abgeordnete auf 100 Mandate schwächer war als die SPD, die Mutterpartei.

Entwicklung der Arbeiterparteien ab 1903

Table with 10 columns: SPD, KPD, Ingesamt. Rows list years from 1903 to 1930.

Das Ende der Reparationen

Nach wochenlangen Verhandlungen ist auf der Konferenz in Lausanne eine Einigung erfolgt. Der 8. Juli 1932 wird in der Geschichte der Menschheit ein denkwürdiger Tag bleiben. 14 lange Jahre waren notwendig, um das Völkermord auch finanzpolitisch endgültig zu liquidieren. Der Streit um Reparationen hat das Zusammenleben der Völker Europas vergiftet. In Deutschland hat dieser Jantapfel der faschistischen Bewegung nicht geringe Erfolge gebracht. Dem unpolitischen deutschen Volk gegenüber wurde es so hingestellt, als wenn das sogenannte System an den Tributleistungen schuld sei und nur nationallistischer Spießfuß genügen würde, um die Kriegsgeneräle von ihren Forderungen abzubringen. Das Gegenteil ist im Lauf der 14 Jahre des Jähren eingetreten. Nur die friedliche Verständigung zwischen Gläubigern und Schuldner der Reparationsforderungen bot einen Weg zur endgültigen Regelung. Es ist ein dornenvoller Pfad, den die Völker Europas seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags in Versailles wandeln mußten. Rathenau, Stresemann, Müller und Brüning haben unablässig und in konsequenter Haltung auf dem Weg der Verständigung eine Einigung zu erzielen versucht. Nun kommt eine nationallistische Regierung und erntet die Früchte, die andre gefät haben. So bedauerlich dies auch innerpolitisch ist, das arbeitende Volk ist dennoch erfreut, daß endlich jener zwischen den Völkern liegende Eisblock, Reparationszahlungen genannt, zum Schmelzen gebracht werden konnte.

Ehe es eine nationallistische Bewegung gab, haben die deutschen Gewerkschaften und daneben der Internationale Gewerkschaftsbund auf die Befreiung der starken und strengen Bindungen Deutschlands hinzuwirken versucht. Mehr als einmal haben deutsche Gewerkschaftsführer gerade im Interesse des arbeitenden Volkes ihre Stimme gegen die Reparationsforderungen erhoben. Dies muß hier noch einmal festgestellt werden. Wir können uns

deshalb aufrichtig freuen, daß der Vernunft endlich eine Gasse gebahnt wurde und das friedliche Europa von einem lästigen Druck befreit ist. Seine jüchbare Wirtschaftskrise, die alle Errungenschaften zu verflingen droht, hatte nicht zuletzt in den politischen Spannungen ihre Ursache. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, diesem Krisenzustand energisch und mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

Die Vertreter des deutschen Kabinetts der „aufbauenden nationalen Kräfte“ sind mit dem Vorbehalt nach Lausanne gegangen, jede Zahlung Deutschlands für die Zukunft zu verweigern. Die Gläubigermächte hingegen, Frankreich an der Spitze, wollten gewisse Verpflichtungen Deutschlands auch in Zukunft bestehen lassen. Frankreich forberte die Zahlung einer Ausgleichssumme von acht Milliarden Goldmark. Die deutschen Vertreter wollten sich schließlich bereit erklären, zwei Milliarden Goldmark zu zahlen. Der geschickten Vermittlung des englischen Premierministers MacDonald ist es zu verdanken, daß schließlich eine Annäherung zwischen den französischen Forderungen und den deutschen Zugeständnissen erreicht wurde. Man einigte sich auf die Zahlung einer Summe von insgesamt drei Milliarden Mark. Damit ist die durch das Hoerjahr gestundete Jahreszahlung abgegolten, ferner zahlt Deutschland rund eine Milliarde Mark in eine Wiederaufbaukasse, die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verwaltet wird und für Kredite an finanziell schwache, namentlich südeuropäische Länder verwendet werden soll. Die Zahlung der drei Milliarden erfolgt nicht auf einmal, auch nicht in festen Raten, sondern in Gestalt von Bonds, die auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden und von Deutschland verzinst und amortisiert werden müssen. In den ersten drei Jahren braucht überhaupt nichts gezahlt zu werden. Die Schuldverschreibungen können nur dann ausgegeben werden, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wieder hergestellt ist. Der erste Teil der Bonds wird dem internationalen Kapitalmarkt zugeleitet, wenn bei fünfprozentiger Verzinsung ein Kurs von 90 Proz. erreicht wird. Der zweite Teil wird gegeben, wenn die Schuldverschreibungen zu einem Kurs von 95 Proz. unterzubringen sind. Wenn innerhalb einer Frist von 12 Jahren nach Inkrafttreten der Zahlungen die Begebung der drei Milliarden Schuldverschreibungen auf den ausländischen Kapitalmärkten nicht möglich ist, so verfällt der nicht ausgegebene Betrag vollständig. Es bestünde also die Möglichkeit, daß Deutschland noch weniger als drei Milliarden zu zahlen braucht. Deutschland hat jederzeit das Rückkaufsrecht für die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich noch nicht ausgegebenen Bonds. Soweit die hauptsächlichsten finanziellen Verpflichtungen Deutschlands in der Zukunft.

Nicht unwichtig ist es, daß das Deutsche Reich jetzt die vollständig freie Verfügung über die Reichsbahn und die Reichsbank erhält. Diese beiden Institute werden von allen internationalen Verbindungen befreit. Außerdem wird für Internationalen Zahlungsausgleich überreichten Reichseisenbahnbonds werden zurückgegeben, ebenfalls die deutsche Goldanlage in Höhe von 65 Mill. M., die zinslos bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich lag. Die Reichsbank ist auf von der Verpflichtung befreit, die ihr bezüglich der Golddeckung und der Höhe des Diskontsatzes auferlegt war. Das Wichtigste von allem ist, daß hinfür die Reparationszahlungen vollständig beseitigt sind. Die aufgeworfenen politischen Fragen, um die in Lausanne heftig gekämpft wurde, sind nur teilweise gelöst. Der Teil des verfallenen Vertrags, der die Reparationen auf der Grundlage der festgestellten Kriegsschulden aufbaute, wird gestrichen und durch den Lausanner Vertrag ersetzt. Die deutsche Regierung hat gemäß ihrer Einstellung auch versucht, für Deutschland die sogenannte Wechselfreiheit zurückzuerhalten. Schließlich hat man infolge des Widerstandes der Gegner auf Durchsetzung dieser Forderung verzichtet. Den gewerkschaftlichen Standpunkt zu dieser Frage dürften wir als bekannt voraussetzen: Wir verlangen keine Auffüllung Deutschlands, sondern die allgemeine Währungsreform aller Staaten! Durch die hemmungslose Währungsreform aller Staaten würde jener Zustand wieder herbeigeführt, den man glaubt durch die endgültige Liquidierung des Weltkriegs überwunden zu haben. Nicht die Vorbereitung zu neuen Kriegen tut not, sondern der Wiederaufbau des armen, durch politische Zänkereien und Krisen zerrütteten Europas.

Die Entscheidung in Lausanne ist gefallen. In Zukunft braucht man sich nicht mehr um Reparationszahlungen zu streiten. Die Großmächte Europas haben in gemeinsamer Entschlossenheit wichtige Teile des Friedensvertrags außer Kraft gesetzt. Die internationale Atmosphäre ist entspannt. Dadurch ist eine Situation geschaffen, die es ermöglicht, den wirtschaftlichen Wiederaufbau fräftig zu betreiben. Die Weltwirtschaft ist in den letzten Jahren von der Weltwirtschaft gestört worden. Die gegenwärtige Krise ist ein Beweis für das Ausmaß dieser Störung. 25 bis 30 Millionen Arbeitslose waren die Folgen der politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung. Jetzt ist die Bahn frei. Die Arbeiterklasse Europas fordert, daß jetzt alle Kräfte mobilisiert werden, damit der fürchterliche Druck von Hunger und Not beseitigt wird. Die reaktionäre Welle in der Welt ist genährt worden durch die Streitigkeiten um die Reparationen. Das ist jetzt vorbei. Wir werden nun sehen, inwiefern die Weltwirtschaft und Staatslenker in der Lage sind, die europäischen Völker auch von dem wirtschaftlichen Druck zu befreien. Von der Möglichkeit des Wollbringens hängt das Schicksal des europäischen Kapitalismus ab. Die beschlossene Weltwirtschaftskonferenz soll die Wiedergeburt Europas vorbereiten. Hoffen wir, daß es ihr gelingt. Das deutsche Volk aber muß innerpolitisch

die Kräfte beseitigen, die einer friedlichen, wirtschaftlichen Verständigung der Völker hindernd im Weg stehen. Vor allem Schluß mit dem Kogisput! Dazu ist am 31. Juli willkommene Gelegenheit gegeben.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hat unmittelbar nach der Unterzeichnung der Lausanner Verträge mit den Vorarbeiten für die Einleitung der neuen Weltwirtschaftsära begonnen. Sie hat inzwischen einen Appell an alle Völker gerichtet, unter Verzicht auf Währungsexperimente und Zwangswirtschaft den freien Zahlungsverkehr auf der Basis des Goldstandards wieder herzustellen und gleichzeitig durch Abbau der Zollschranken einen freien Handelsverkehr zu ermöglichen. Die Basler Bank stellt sich aber auch zur positiven Mitarbeit für die Verwirklichung dieser Ziele zur Verfügung. Man darf sagen, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erst jetzt, nachdem ihre Aufgabe als Reparationsbank erledigt ist, ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden kann, als Weltkreditbank die Weltkrise zu bekämpfen. So hat sie sich bereits mit der Frage einer etwaigen deutschen Dinstonkennung und einer Erleichterung der drückenden deutschen Auslandsschulden beschäftigt. Darüber hinaus dürfte auch die Möglichkeit einer internationalen Sonderanleihe für Deutschland erörtert worden sein.

Aktuelles aus der Nazibewegung

Wie die Nationalsozialisten zu den Gewerkschaften stehen, erfahren wir gegenüber allen bisherigen Täuschungsversuchen aus einer Verlautbarung, die die Bezirkspressstelle der NSDAP in der in Bielefeld erscheinenden „Westfälischen Zeitung“ veröffentlicht. Das Sammelsurium von Unlogik faschistischer Großsprecheri hat folgenden Wortlaut: „Die NSDAP hat niemals einen Hehl daraus gemacht, daß sie die zur Zeit bestehenden Gewerkschaften ablehnt. Der Nationalsozialismus lehnt, kurz gesagt, die Gewerkschaften aller Schattierungen ab, weil in ihnen keine wirklichen Vertretungen der deutschen Arbeiteremterinteressen zu erblicken sind. Die Gewerkschaften haben samt und sonders die Politik der Systemparteien gutgeheißen und sich dadurch mitschuldig gemacht an den durch Tribut- und Zinszahlungen entstehenden Lohnabhängigen. Die Gewerkschaftsführer sind somit in eine klare Front gegen die Arbeitererschaft getreten. Der Nationalsozialismus lehnt die bestehenden Gewerkschaften weiter deswegen ab, weil die Führer zugehört haben, wie die Rechte des Arbeiters durch die Notverordnungspolitik des Systems immer mehr und mehr beschnitten wurden. Die Gewerkschaften sind heute zu Konzentrationen von Anstalten und Unterstützungsvereinen geworden. Die NSDAP erblickt die Aufgabe der Gewerkschaften nicht darin, einerseits durch einen aufgeschlängelten Heringsapparat (ähnlich wie bei den Krankenkassen usw.) die Gelder der Mitglieder nutzlos zu vertun, und auf der anderen Seite die Arbeiter dadurch an die Gewerkschaften zu fesseln, daß man ihnen bei Streiks, Aussperrung, Krankheit usw. Unterstützungen zahlt, die absolut in keinem Verhältnis zu den Beitragspflichten der Mitglieder stehen. Aus diesen und noch vielen anderen Gründen lehnt die NSDAP die Gewerkschaften in ihrer heutigen Aufmachung ab, womit aber noch längst nicht gesagt werden kann, daß der Nationalsozialismus prinzipiell gegen Gewerkschaften ist. Die NSDAP bekennt sich sogar zu einem deutschen Gewerkschaftsgebanten. Sie geht zunächst von dem Gesichtspunkt aus, daß jeder Berufsgruppe das Recht des wirtschaftlichen Zusammenhanges gegeben werden muß. In einem nationalsozialistischen Staat wird sogar jeder Handwerker einer Zunft und auch jeder Arbeiter einer Gewerkschaft angehören müssen. Die kommenden nationalsozialistischen Gewerkschaften aber werden nicht Instrumente des Klassenkampfes sein, sondern auch im Rahmen einer Standesorganisation wird und muß sich jeder einzelne Volksgenosse seinen großen Verpflichtungen gegenüber Volk und Nation bewußt sein. Was heute den Arbeitnehmer und den Arbeitgeber zu feindlichen Auseinandersetzungen treibt und was der Marxismus als das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bezeichnet, wird einst vom Staat geregelt werden müssen, da sonst die innere Zerküftung weiter fortschreiten müßte.“

Trotzdem nach dem obigen offenerzigen Eingeständnis kein Zweifel mehr an der Stellung der Nazis gegenüber den Gewerkschaften bestehen kann, sagen sie in ihren Versammlungen alles durcheinander. Während ein Versammlungsredner den Gewerkschaften gnädigst ihre Weiterexistenz im Dritten Reich gestattet, erklärt ein anderer, daß die Konzentrationen im Dritten Reich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Sie müssen sagen, um jeden Zuhörer nach Wunsch zufriedenzustellen, sie müssen sagen, um Indifferente über ihre wahren Absichten zu täuschen, um sie als Stimmvieh an ihre Partei zu fetten. Welche Stellung die Nazis zu den Gewerkschaften einnehmen, erhellt am besten aus den Angriffen, die sie auf Gewerkschaftshäuser planmäßig verüben, und wobei sie weder Menschen noch Mobilien schonen. Eine nette „Arbeiterpartei“, die keine anderen Kampfsiele hat, als zur Freude des Unternehmertums das unter Opfern erworbenes Gut der Arbeiterschaft blindwütig zu zerstören. Nach dem Sturm auf das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin, wobei sie sich allerdings eine anständige Absuhr holten, und den mehrfachen Angriffen auf das Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. D. sind am vergangenen Sonntag weitere

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



August Rehsack in Hannover
Eingetreten: 19. Juli 1872 — Seht Invalide

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Hildebrandt in Dinslaken
Eingetreten: 17. Juli 1882



Joseph Jenger in Hannover
Eingetreten: 18. Juni 1882



Adolf Prenat in Neustadt a. d. S.
Eingetreten: 26. Februar 1882
Seht Invalide



Adam Lehn in Neustadt a. d. S.
Eingetreten: 25. Juni 1882
Seht Invalide



Aberläufe auf Gewerkschaftshäuser erfolgt. So überfielen mehrere Trupps Nationalsozialisten das Gewerkschaftshaus in Ebernörde, wo die Landarbeiter eine Kreisversammlung abhielten. Zwei junge Landarbeiter wurden durch Messerstiche so schwer verletzt, daß einer sofort starb, der andere wurde mit schweren Wunden in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Hitler-Horden demolierten die Einrichtung des Gewerkschaftshauses vollständig. Nicht einmal das Schlafzimmer der Wirtsleute blieb von den Banditen verschont. Zur gleichen Zeit veranfaßten sie in Hagenow in Mecklenburg im Anschluß an einen Anzug der Eisernen Front einen Gegenangriff. Sie kimmerten sich nicht um die ihnen gegebenen Anweisungen und marschierten auch durch Straßen, die sie nach polizeilicher Vorwarnung nicht passieren sollten, unter andern auch am Gewerkschaftshaus vorbei. Vor dem Gewerkschaftshaus hielten sich noch Reichsbannerleute aus Vergeborf, Hamburg und Mecklenburg auf. Sofort eröffneten Nationalsozialisten auf sie ein Feuer. Mehrere Reichsbannerleute wurden zum Teil schwer verletzt. Die Nationalsozialisten schlugen mit allen möglichen Gegenständen auf die Reichsbannerleute ein. Der Reichstagsabgeordnete Hildebrandt wurde mit der Pistole in der Hand von der Polizei angehalten. Eigenartigerweise wurde von der Verhaftung dieses Bandenführers Abstand genommen, nachdem er sich ehrenwärtlich verpflichtet hatte, sich am Abend der Polizei zu stellen. Aus diesen gemeinen Überfällen auf die Häuser der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erkennen wir am besten, wie die Nazis zu den Gewerkschaften stehen.

Unsre Kollegen werden wohl daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen und Anwendungen zu ziehen wissen. Wir haben nicht die großen Opfer für unsre gewerkschaftliche Überzeugung gebracht, um uns das, was wir geschaffen haben, von politisch Zerfünftigen zerstören zu lassen.

Auf welchem Weg die Nazis ihr Ziel zu erreichen hoffen, hat der Nationalsozialist Gottfried Feder in einer nationalsozialistischen Versammlung in Bremen nach einem Bericht der rechtsstehenden „Weser-Zeitung“ ausgeführt. Er sagte dort: „Bieleicht kommt es gar nicht mehr zur Wahl. Es fehlt nur noch ein Tröpfchen, dann ist unsre Gebuld zu Ende. Wir wünschen zwar noch diesen Wahlgang, weil er uns nach außenhin legitimiert. Wenn aber das Warten unter den SA-Leuten (!) so weitergeht, werden wir das Notrecht unsrer Partei proklamieren und dafür sorgen, daß in längstens 14 Tagen die rote Bestie erledigt ist. Heute noch wird der SA-Mann aus der Partei ausgeschlossen, der eine Waffe bei sich trägt; es kann dahin kommen, daß der ausgeschlossen wird, der mit der Waffe sich nicht seiner Haut zu wehren weiß...“ Das Bremer Naziblatt hat diese Aufforderung zum Bürgerkrieg unterfchlagen! Die gewissenlosen Bürgerkriegsbeher mögen sich hüten, mit dem Feuer zu spielen, sie würden sich dann die Finger verbrennen!

Schließlich erfahren wir noch über das Ausland, welche Erwartungen und Pläne die Nazis an den Ausgang der Reichstagswahl knüpfen. Wie das sozialistische „Het Volk“ (Amsterdam) meldet, „sind am Mittwoch der vergangenen Woche in Eindhoven eine Konferenz deutscher, in Holland ansässiger Nationalsozialisten statt, zu der auch eine führende Nazipersonlichkeit aus Düsseldorf erschienen war. Die Zeitung lag in den Händen eines gewissen Wolters, der in der Nähe von Eindhoven wohnt. Im Zusammenhang mit dieser Besprechung wird nach dem „Het Volk“ bekannt, daß für den Fall, daß am 31. Juli keine nationalsozialistische Mehrheit zustande kommt, in der ersten Augustwoche innerhalb zwölf Stunden alle deutschen Nationalsozialisten mobilisiert werden sollten, so daß ein Eingreifen der Polizei nicht mehr möglich wäre.“ Gegenüber all diesen Großmächtigkeiten brauchen wir nur darauf verweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft bis jetzt noch nicht den Kampf gegen die Nazis mit den Mitteln aufgenommen hat, deren sie sich bei den ohnehin nur als Überraschungsgangriffe zu wertenden Überfällen bedient haben. Sollte es im Verfolg weiterer Überfälle, wie sie in den letzten vierzehn Tagen zu verzeichnen waren, dahin kommen, dann dürfte der Wind bei der allgemeinen Arbeiterschaft bald aus einem andern Loch pfeifen.

Damit auch die Lohnpolitik, die uns im Dritten Reich, erachtet. Nicht unerwähnt bleibt, lassen wir das Eingeständnis eines deutschen Großindustriellen folgen, das er an seine Werkverwaltung gerichtet hat. Dieser Schriftsatz betrifft die Wertpolitik des Konzerns und zeigt, daß das Unternehmertum in Deutschland den Lohnabbau während der letzten Jahre nur mit Hilfe der Nationalsozialistischen Partei durchführen konnte. Der Lohnraub kommt, das geht aus dem Schreiben deutlich hervor, auf das Konto der Nationalsozialisten. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Wenn H. (anscheinend der Sozialdirektor des Konzerns, der den Stahlwerken nahesteht) glaubt, die Zeit sei gekommen, unsre Wertpolitik im Interesse der Werkbüchlein gründlich umzustellen, so bin ich anderer Meinung. Ich gebe zu, daß allerlei Elemente, früheres Kommunegefeindel, das 5. 12 Jahre lang das Leben schwer gemacht hat, heute zu den Nationalsozialisten gehören, und daß das Werk ein Auge zudrücken muß. Gute Arbeiter sind sie wohl auch nicht. Zugegeben. Aber wir brauchen sie noch. Sie ist das zu Gemüte zu führen. Gegenüber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bleibt alles beim alten, auch in bezug auf die finanziellen Dispositionen. Ohne die Nationalsozialisten wäre die Kostenerleichterung der letzten Jahre nicht möglich gewesen. Auch haben wir ja in Deutschland noch Betriebsräte und gesetzliche Löhne.“ Dieser deutsche Industrielle, der sein Geld in der Schweiz ausgibt und wohl auch bei den Nazis Parteigenosse ist, erklärt in seinem Schriftsatz, daß der Lohnraub Werk der Nazis ist. Er gibt weiter zu, daß man die Nazis noch nötig hat, um die Betriebsräte und die Lohnsätze zu beseitigen. So sieht die Naziarbeiterpartei aus!

Korrespondenzen

Breslau. (Maschinenscher.) Die Gau-Hauptversammlung des Schlesischen Maschinenfabrikerevereins am 19. Juni in Breslau war leider nicht so besucht, wie es in Anbetracht der bewegten Zeit hätte erwartet werden müssen. Reichlich 50 Kollegen waren aus allen Orten Schlesiens erschienen. Als Vertreter des Ortsvereins Breslau nahm Kollege Sporn an der Versammlung teil, während der Gauvorsitzende infolge anderweitiger Verpflichtung des Gauvorsitzenden Feige durch den Kollegen Lorek vertreten wurde. Des weiteren nahm als Vertreter der Merzenthaler Sechsmaschinenfabrik Herr Subbe an der Veranstaltung teil. Mit einer kurzen Begrüßung eröffnete um 10 Uhr Vorsitzender Stille die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken von vier im Berichtsjahr verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gelehrt. Da der Jahresbericht bereits am Anfang des Jahres allen Kollegen gedruckt zugegangen war, konnte sich Kollege Hiller auf Ergänzungen bzw. ausführlichere Behandlung einzelner wichtiger Punkte beschränken. Erwähnt sei, daß im Berichtsjahr die Bezirke Görlitz, Ober

